

# Casa Blanca macht Schule

Die Anti-Sprayer-Aktion wird ausgeweitet auf Schulen, Kindergärten und Sportanlagen

Die Leute von Casa Blanca putzen jetzt auch die Fassaden von Schulanlagen in Aussenquartieren. In einer ersten Reinigungsaktion werden ab sofort sämtliche Schmierereien entfernt. **Kostenpunkt: 550 000 Franken.**

PASCAL SCHWENDENER

Die Schülerinnen und Schüler des Breitfeldschulhauses freuten sich gestern über eine willkommene Pauseneinlage: Pünktlich mit dem Läuten der Glocke starteten die Mitarbeiter der Stadtbauten den Hochdruckreiniger und begannen damit, die Graffiti an der Schulhausfassade zu entfernen. «Dies ist erst der Anfang einer grossflächig angelegten Aktion», sagte der ebenfalls anwesende Stadtbauten-Leiter Rudolf Lanzrein gegenüber den Medien. In den nächsten zwei Monaten würde die Fassadenreinigung auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet: «50 Schulanlagen, 50 Kindergärten, 12 Kindertagesstätten, 12 Sportanlagen und 5 Einzelturnhallen werden dann in einer ersten Putzaktion umfassend von Schmierereien aller Art befreit.» Insgesamt müssten rund 7000 Quadratmeter Mauern einer Grundreinigung unterzogen werden, wofür rund 550 000 Franken veranschlagt seien. «Dann ist Schluss mit Graffiti», versprach Lanzrein. Jedes neue Graffiti und jedes neue Tag werde anschliessend innerhalb von 48 Stunden wieder entfernt. Den Aufwand für die Folgeaktionen schätzte er im ersten Jahr auf 350 000 Franken. Danach würden die Kosten erfahrungsgemäss deutlich zurückgehen.

Die Ausweitung von Casa Blanca auf Schulanlagen geht auf einen Stadtratsentscheid von letztem Jahr zurück. Das Parlament überwies damals eine Motion von Philippe Müller (fdp), der gefordert hatte, verschmierte Kindergärten und Schulhäuser seien innert dreier Tage zu reinigen. Umso erfreuter nahm Müller gestern zur Kenntnis, dass die Stadtbauten noch schneller reagieren wollen. «So können Kinder vor Verschlammungs-Eindrücken geschützt und Sprayer entmutigt werden», sagte er.



Mit Hochdruck gegen Schmierereien: Putzaktion beim Schulhaus Breitfeld.

ADRIAN MOSER

Die Aktion Casa Blanca begann im Jahr 2005 und war bisher recht erfolgreich. Nach zweijährigem Versuchsbetrieb wurde das Reinigungsprogramm darum diesen Frühling definitiv eingeführt.

Der Erfolg des Projekts lasse sich gleichsam an der Wand ablesen, sagte Martin Bühler, Präsident des Trägervereins, gestern. Nach den Jahren der Vernachlässigung falle das gepflegtere Erscheinungsbild

der Altschulhäuser heute deutlich auf. Bühler, auch Geschäftsführer der Innenstadttorgorganisation Bern-City, bezeichnete Casa Blanca darum als «weitgehend erfolgreich». Die neuen Schäden an den Innen-

stadtfassaden hätten deutlich abgenommen und die Reinigungskosten pro Schadenfall seien «massiv rückläufig». Dies, weil kaum noch grossflächige Wandmalereien entstünden, sondern nur noch kleine Kritzeleien. 2006 seien noch 318 000 Franken für Fassadenreinigungen ausgegeben worden, 267 000 Franken weniger als im Jahr zuvor.

Die von Casa Blanca festgestellte Abnahme der Sprayerereien im Stadtzentrum spiegelt sich auch in den Zahlen der Stadtpolizei wider: Im Jahr 2005 registrierte die Polizei noch 1883 Sachbeschädigungen durch Sprayerereien. Im folgenden Jahr waren es noch 1475 Straftaten. Gestiegen ist demgegenüber die Aufklärungsquote von 7,3 auf 9,3 Prozent.

Die Erfahrungen aus dem Casa-Blanca-Perimeter Innenstadt liessen sich allerdings nur bedingt übertragen, gab Rudolf Lanzrein gestern zu bedenken. Schul- und Sportanlagen sowie Kindertageseinrichtungen in den Quartieren seien ausserhalb der Betriebszeiten relativ unbewacht und darum «risikoärmere Ziele für Vandalen».

## Gemeinsam gegen Vandalen

Casa Blanca ist im November 2004 entstanden. Damals taten sich die Stadt Bern, Gebäudeversicherung, Bern-City sowie der Hauseigentümergebiet Bern und Umgebung zusammen, um dem Übel versprayerter Fassaden beizukommen. Die Idee: Wenn Liegenschaftsbesitzer dem Verein beitreten und eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnen, geben sie ihr generelles Einverständnis, dass die Verunreinigungen sofort und ohne Rücksprache entfernt werden können. Gleichzeitig erteilen sie Casa Blanca die Vollmacht, gegen die Sprayer Strafanzeige einzureichen. Die Reinigungskosten sind bei entsprechender Versicherung bis zu einem Maximalbetrag von 5000 Franken pro Jahr von der Gebäudeversicherung gedeckt. Darüber hinaus anfallende Kosten werden von Casa Blanca übernommen. Mittlerweile beteiligen sich rund 70 Prozent der Liegenschaftsbesitzer der Innenstadt vom Bärengraben bis zum Hirschengraben an Casa Blanca. Ziel war es, 75 Prozent zu erreichen.

## «2000 Watt» als Energieziel

**STADT BERN** Das Grüne Bündnis Bern hat gestern im Stadtrat drei Vorstösse zu Klima und Energiepolitik eingereicht. Grosse Gemeinden wie Bern müssten Energieleitpläne und räumliche Entwicklung aufeinander abstimmen, um die Ziele der «2000-Watt-Gesellschaft» erreichen zu können, schreibt das GB. Der Massnahmenkatalog umfasst Minergiestandard in Bauvorschriften, Förderung erneuerbarer Energien durch Infrastrukturverträge, energieeffiziente Bauzonen und weitere planerische Vorgaben zur energiesparenden Nutzung des Raums.

Das GB verlangt überdies Aufschluss über die wirtschaftlichen Aspekte von Energieeffizienz: Der Gemeinderat solle das Potenzial bei den regionalen Unternehmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ausloten.

Das GB nimmt zum Teil Vorgaben des kantonalen Energiegesetzes vorweg, die noch gar nicht spruchreif sind. Der Grosse Rat stoppte die Gesetzesrevision diese Woche («Bund» vom 5. Sept.). (dv)

## KURZ

### Broncos sorgen vor Dancing für Sicherheit

**STADT BERN** Das Dancing Amadeus an der Gurtengasse reagiert auf eine Schlägerei vom letzten Wochenende: Ab heute stehen jeweils von Donnerstag bis Samstag Leute der Broncos-Security im Einsatz. «Wir können einen erneuten Vorfall wie in der Nacht auf Samstag nicht gebrauchen», sagt Inhaber Siegfried Stichelberger. Damals erlitten vier junge Männer in einer Schlägerei vor und im Dancing Stichverletzungen. Stichelberger betont, dass die ganze Gurtengasse beruhigt werden müsste: «Die Gasse ist in letzter Zeit nicht gerade einladend.» Bisher sei es aber rund ums «Amadeus» höchstens zu einem Handgemenge gekommen, nicht aber zu einer Schlägerei wie am Wochenende. (njb)

### Spielkiste auch in Bern

**STADT BERN** An der Schwanengasse 10 hat die Spielkiste Schweiz AG ihr schweizweit drittes Spielwaren-fachgeschäft eröffnet. Der unabhängige Familienbetrieb beschäftigt 25 Mitarbeiter mit einem Personal von 20 Vollzeitstellen. Die Berner Filiale wird laut Medienmitteilung von Ursi Lutz, die in der Firma für Personal und Verkauf zuständig ist, und ihrem Sohn Patrick Lutz geleitet. Auf einer Verkaufsfläche von 500 Quadratmetern stehen Spiele, Spielzeug, Geschenkartikel und Kinderbücher für alle Altersgruppen zum Verkauf. (pd)

### 5,68 Millionen sollen aus Sportfonds fliessen

**BERN-ARENA** Der Kanton Bern soll aus dem Sportfonds einen Beitrag von 5,68 Millionen Franken zur Sanierung des Berner Eistadions leisten. Dies beantragt der Regierungsrat dem Grosse Rat, der im November entscheidet. Insgesamt kostet die Sanierung der Bern-Arena rund 127,4 Millionen Franken, wie es in einer Mitteilung des Kantons heisst. Mitte August war der offizielle Startschuss zur Sanierung gefallen. Der Umbau soll rechtzeitig für die Eishockey-WM 2009 abgeschlossen sein. Das Stadion heisst künftig «Post Finance Arena». (sda)

### Unwetter: 112 Berner Zivilschützer im Einsatz

**BERN/LYSS** Bei der Beseitigung der grossen Unwetterschäden in Lyss von vergangener Woche haben 112 Angehörige der Zivilschutzorganisation Bern plus (ZSO) mitgeholfen. Im Rahmen des ausserordentlichen Einsatzes leisteten sie 1800 Arbeitsstunden. Die Hälfte der Zivilschutzpflichtigen pumpte bereits am Wochenende überflutete Keller und Tiefgaragen aus. Die Berner hätten ihren freundschaftlichen Einsatz «mit hoher Motivation» geleistet, teilt die ZSO mit. (sda)

## Zweite Chance im «Weyerli»

**STADT BERN** Die Planung Weyermanshaus Ost kommt ein zweites Mal vors Volk. Mit grossem Mehr empfiehlt der Stadtrat den Stimmberechtigten die Zonenplanänderung und die Überbauungsordnung zur Annahme. Bei Annahme der Vorlage entsteht zwischen der Murtenstrasse und der Bahnlinie Bern-Neuenburg eine Dienstleistungszone für maximal 3000 Arbeitsplätze. Eine erste Vorlage ist 2001 von den Stimmberechtigten knapp abgelehnt worden. Dies wurde damals auf den Umstand zurückgeführt, dass der Rat einen zwingenden Wohnanteil in die Vorlage aufgenommen hatte. «Weyermanshaus Ost erhält nun eine zweite Chance», sagte Gemeinderätin Regula Rytz (gb). Die Vorlage sei verbessert worden. Eine Wohnnutzung ist zwar möglich, aber nicht mehr zwingend vorgesehen. FDP und GFL konnten sich zu einem «kritischen Ja» zur Vorlage durchringen. Daher hatte ein Rückweisungsantrag der SVP keine Chance. Laut der SVP hätte der Gemeinderat verpflichtet werden müssen, für die betroffenen Industriefirmen eine Ersatzlösung zu finden. Das Volk wird voraussichtlich im November abstimmen. (bob)

## Keine neue Spur für Trams in Oberstadt

Marktgasse bleibt Hauptachse für Bern Mobil

Der Stadtrat hat einen FDP-Vorstoss schubladisiert, der vom Gemeinderat Abklärungen für eine zweite Tramspur in der Oberstadt verlangte.

Durch die Spital- und Marktgasse fahren werktags pro Stunde und Richtung über 40 Kurse von Bern Mobil. Wenige Jahre nach der Sanierung der Marktgasse ist diese durch die Erschütterung der Trams wieder sanierungsbedürftig. FDP-Stadtrat Mario Imhof wollte daher den Gemeinderat mit Abklärungen für eine zweite Tramspur beauftragen. «Der aus Richtung Kirchenfeld kommende öffentliche Verkehr sollte durch die Amthaus- und Schauptplatzgasse Richtung Bahnhof geführt werden», schreibt Imhof in seinem Vorstoss.

«Es gibt keinen Grund für die neuerliche Abklärung einer zweiten Tramachse», sagte gestern Gemeinderätin Regula Rytz (gb) im Stadtrat. Für den Gemeinderat habe sich seit dem Tramkonzept

der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) aus dem Jahr 2003 nichts geändert. Aufgrund des Konzepts habe die RVK damals die Verlegung der Buslinie 12 aus der Spital- und Marktgasse in die Amthaus- oder Koehergasse vorgeschlagen, erklärte Rytz. Gemäss Konzept sei eine zweite Tramachse durch Amthaus- und Schauptplatzgasse «technisch möglich». Der Gemeinderat wolle sich diese Option denn auch mittel- und langfristig offen halten. Die Kosten würden sich jedoch auf rund zehn Millionen Franken belaufen. Zudem käme es namentlich in der Amthausgasse zu Behinderungen zwischen Tramverkehr und Langsamverkehr. Beeinträchtigt würde auch der Bundesplatz als Ort für Anlässe, sagte Rytz. Imhof appellierte an den Rat, diese Antwort des Gemeinderates nicht als Prüfungsbericht zu akzeptieren. Die Mehrheit des Rates folgte aber dem Gemeinderat und nahm die Antwort Rytz' mit 28 zu 23 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) als Prüfungsbericht an. (bob)

## Kein Platz zum Sitzen beim Bahnhofplatz

**STADT BERN** An den provisorischen Haltestellen von Bern Mobil rund um die Baustelle Bahnhofplatz fehlen die Sitzgelegenheiten. Dies stösst Stadträtin Liselotte Lüscher (sp) sauer auf. «Für ältere Menschen ist es kein Spass, abends zwölf Minuten stehend auf Bus oder Tram warten zu müssen», sagte Lüscher. In einer dringlichen Interpellation wollte sie vom Gemeinderat daher wissen, ob er sich für entsprechende Sitzgelegenheiten einsetzen wolle. Zudem forderte sie den Gemeinderat auf, bei den Veloabstellplätzen auch für Ständer zu sorgen. Laut Lüschers Parteikollegen Stefan Jordi belaufen sich die Kosten von Veloständern für 500 Plätze auf 30 000 Franken. «Die Signalisation der Umleitungen für den motorisierten Verkehr rund um den Bahnhofplatz dürfte ein Mehrfaches dieses Betrags gekostet haben», meinte Jordi.

«Über den Bahnhofplatz gehen täglich 200 000 Fussgänger durch enge Korridore», sagte Gemeinderätin Regula Rytz (gb). Gerade bei den Haltestellen von Bern Mobil gebe es da kaum Platz für Sitzgelegenheiten. Zudem sprächen auch Sicherheitsüberlegungen gegen die

Installation von Sitzbänken. Der Verkehrsfluss müsse aufrechterhalten bleiben. «Nach dem Umbau des Platzes wird es wieder genug Bänke geben», versicherte Rytz. Die Errichtung von Veloständern an den Abstellplätzen im Bollwerk und im Hirschengraben wiederum ist laut Rytz aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Interpellantin Lüscher zeigte sich gar nicht zufrieden mit dieser Antwort. Sie zweifelte am Willen des Gemeinderats, für Sitzgelegenheiten zu sorgen. «Wenn der Gemeinderat keine Sitzplätze errichten will, dann soll er dies auch bitte so sagen», erklärte Lüscher. Der 83-jährige Ernst Stauffer (Arbeitnehmer- und Rentnerpartei) stiess als Doyen des Stadtratparlaments ins gleiche Horn. «Mit dem Alter kommt nicht nur die AHV, es kommen auch die 'Bresten', erinnerte Stauffer die Anwesenden an ihre Sterblichkeit. Eines sei sicher, so Stauffer: Alle Ratsmitglieder würden einmal alt, wenn sie nicht vorher stürben. «Auch die junge Gemeinderätin, die vorhin so brillant gesprochen hat.» Das Stehen bis zum Umfallen sei für ältere Menschen eine Zumutung, sagte Stauffer. (bob)